

Claudia Kuretsidis-Haider

Vertreibung und Vernichtung

Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust

Von 2014 bis 2017 führte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes das Forschungsprojekt „Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust“ durch. Der Hauptfokus lag dabei auf der Sozialstruktur der österreichischen jüdischen Bevölkerung und der Fragestellung, in welchen empirisch erfassbaren Parametern sich die im Holocaust ermordeten bzw. ums Leben gekommenen Personen von jenen unterscheiden, denen die Flucht bzw. das Überleben gelang.

Das Forschungsvorhaben wurde vom Jubiläumsfonds der österreichischen Nationalbank sowie dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz finanziell unterstützt. Die Projektleitung lag bei der früheren wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Brigitte Bailer, Sachbearbeiterinnen waren Claudia Kuretsidis-Haider, die das Projekt koordinierte, und Ursula Schwarz. Für die empirische Auswertung der Massendaten des DÖW unter Anwendung von Methoden der quantitativen und qualitativen Sozialforschung konnte der Politikwissenschaftler und Soziologe Andreas Kranebitter vom Institut für Soziologie der Universität Wien und wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen gewonnen werden.

Den Schlusspunkt des dreijährigen Großprojekts bildete die gleichnamige Konferenz „Vertreibung und Vernichtung“, die am 25. und 26. September 2017 in Wien stattfand. Dabei wurden einerseits die Forschungsergebnisse des DÖW präsentiert und diese andererseits mit aktuellen Arbeiten anderer WissenschaftlerInnen zum Thema kontextualisiert. Zum Abschluss der zweitägigen Veranstaltung spannten HistorikerInnen, Psychologinnen, Politikwissenschaftlerinnen und Journalistinnen im Rahmen einer Podiumsdiskussion den Bogen von der NS-Zeit zur Gegenwart und erörterten Unterschiede und Parallelen bei Flucht und Vertreibung aus historischer und aktueller Sicht.

Die Verfolgung von Jüdinnen und Juden als Forschungsschwerpunkt des DÖW¹

Forschungen zu Exil und Holocaust zählen seit Anbeginn des DÖW zu dessen wesentlichen Tätigkeitsfeldern. Seine Gründung 1963 entsprang der Initiative Betroffener: Es waren ehemalige WiderstandskämpferInnen, Überlebende der Konzentrationslager und aus dem Exil Zurückgekehrte, „die gemeinsam mit engagierten Wissenschaftlern den institutionellen Rahmen als Verein schufen und sich unter der Leitung von Herbert Steiner zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden“.² Mit der Gründung des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien 1966 begann sich die Zeitgeschichtsforschung in Österreich zu etablieren, mit reger Beteiligung des Dokumentationsarchivs: Im Bereich der Holocaustforschung – die damals noch nicht diese Bezeichnung trug – hatte das DÖW bereits 1965 mit der Darstellung „Die Judenverfolgung in Österreich 1938/1945“ von Jonny Moser, Gründungsmitglied des Dokumentationsarchivs, der – im Burgenland geboren – den Holocaust in Ungarn überlebt hatte,³ eine Pionierarbeit vorgelegt.⁴

Die systematische Dokumentation und wissenschaftliche Analyse der Vertreibung der österreichischen jüdischen Bevölkerung, also der Emigration und des Exils, waren seit Mitte der 1970er Jahre – ausgehend von einem in Kooperation mit der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur durchgeführten internationalen Symposium „Österreicher im Exil 1938–1945“ – ein zentrales Forschungsfeld des DÖW, welches sich in der seit Beginn der 1980er Jahre publizierten Reihe „Österreicher im Exil“⁵ (mit

- 1 Eine Darstellung zum Forschungsstand findet sich im Beitrag von Brigitte Bailer „Forschungen zur Verfolgung der österreichischen Jüdinnen und Juden“ in dieser Publikation.
- 2 Brigitte Bailer-Galanda / Wolfgang Neugebauer, Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Auszug aus: DÖW (Hrsg.), 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003, Wien 2003, S. 26 (http://www.doew.at/cms/download/a78u4/doew_geschichte-1.pdf [20. 9. 2017]).
- 3 Zur Person Jonny Mosers siehe: Jonny Moser, Wallenbergs Laufbursche: Jugenderinnerungen 1938–1945, Wien 2006.
- 4 Ders., Die Judenverfolgung in Österreich 1938/1945, Wien–Frankfurt–Zürich 1966 [= Monographien zur Zeitgeschichte, Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes].
- 5 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Österreicher im Exil: Frankreich 1938–1945. Eine Dokumentation, bearb. v. Ulrich Weinzierl, Wien–München 1984; DÖW (Hrsg.), Österreicher im Exil: Belgien 1938–1945, bearb. v. Ulrich Weinzierl, Wien–München 1987; DÖW (Hrsg.), Österreicher im Exil: Großbritannien 1938–1945, bearb. v. Wolfgang Muchitsch, Wien 1992; DÖW (Hrsg.), Österreicher im Exil: USA 1938–1945, bearb. v. Peter Eppel, Wien 1995; DÖW (Hrsg.), Österreicher im Exil: Sowjetunion 1938–1945, bearb. v. Barry McLoughlin u. Hans Schafranek, Wien 1999;

Bänden zu Frankreich, Belgien, Spanien, den USA, Mexiko, der Sowjetunion und Großbritannien) widerspiegelt.

Mit der 1975 mit Wien begonnenen Dokumentenedition „Widerstand und Verfolgung“ begann das DÖW die systematische Aufarbeitung der Verfolgung von Jüdinnen und Juden⁶ und nahm damit eine Vorreiterrolle ein. Die übrige österreichische Zeitgeschichtsforschung widmet sich diesem Thema in breitem Ausmaß erst seit dem Ende der 1980er Jahre, ausgehend von der sogenannten Waldheim-Debatte rund um die NS-Vergangenheit des früheren UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim, der sich 1986 für die ÖVP um das Amt des Bundespräsidenten bewarb. Im Vorfeld und im Gefolge des Gedenkjahres 1988 schließlich begannen sich ZeithistorikerInnen verstärkt mit der Frage nach den bis dahin nicht ausreichend gewürdigten Opfergruppen auf der einen Seite sowie nach dem Anteil von ÖsterreicherInnen an den nationalsozialistischen Verbrechen auf der anderen Seite auseinanderzusetzen.⁷

In der 1998 eingesetzten „Österreichischen Historikerkommission zur Erforschung des Vermögensentzugs während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigung seit 1945 in Österreich“ war das DÖW mit seiner späteren wissenschaftlichen Leiterin Brigitte Bailer als stellvertretende Vorsitzende

DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil: Mexiko 1938–1945*, bearb. v. Christian Kloyber u. Marcus G. Patka, Wien 2002; DÖW (Hrsg.), *Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936–1939*, bearb. v. Brigitte Galanda, Hans Landauer, Walter Manoschek, Wolfgang Neugebauer u. Hans Safrian, Wien 1986; jüngst zum Spanischen Bürgerkrieg: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien* (Hrsg.), *80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg*, Wien 2016.

- 6 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Dokumentationsreihe „Widerstand und Verfolgung“ in den Bundesländern*, Wien 1975–1991: *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation*, 3. Bde., bearb. v. Wolfgang Neugebauer, Wien 1975; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation*, 2. Bde., bearb. v. Brigitte Galanda, Siegwald Ganglmair u. Wolfgang Neugebauer, Wien–Linz 1982; *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation*, bearb. v. Wolfgang Neugebauer, Wien²1983; *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation*, 2. Bde., bearb. v. Peter Eppel, Brigitte Galanda, Siegwald Ganglmair, Elisabeth Klamper u. Wolfgang Neugebauer, Wien 1984; *Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation*, 3. Bde., bearb. v. Heinz Arnberger u. Christa Mitterutzner, Wien 1987; *Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945. Eine Dokumentation*, 2. Bde., bearb. v. Christa Mitterutzner u. Gerhard Ungar, Wien–Salzburg 1991.
- 7 Claudia Kuretsidis-Haider, *Der Umgang mit der NS-Zeit in Österreich. Justizielle Ahndung und Erinnerungskultur*, in: *Ein lebendiger Ort der Erinnerung. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, hrsg. v. Christine Schindler u. Claudia Kuretsidis-Haider, ÖGL, 61. Jg., 2017, H. 3, S. 216–231, hier 227 ff.

wie auch durch mehrere Forschungsprojekte vertreten. „Arisierung“ und die Beraubung von Jüdinnen und Juden standen dabei im Fokus.

Auf Anregung der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem wurde das DÖW bereits Anfang der 1990er Jahre mit der Durchführung einer umfangreichen Forschungsarbeit für Österreich betraut – nämlich mit der „Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Damit wurden erstmals die ermordeten Jüdinnen und Juden selbst ins Zentrum der Forschung zum Holocaust gerückt. In jahrelanger akribischer Recherche-, Forschungs- und Dokumentationsarbeit wurde auf der Grundlage neuer Dokumente und durch Hinweise von Einzelpersonen sowie in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Forschungsinstitutionen eine auf der Website www.doew.at einsehbare Datenbank erstellt, die die Daten zu den ermordeten bzw. im Zuge der Shoah ums Leben gekommenen Juden und Jüdinnen beinhaltet. Mit dieser Pionierarbeit des DÖW wurden ForscherInnen aus dem In- und Ausland weiterführende Folgeprojekte und Publikationen möglich gemacht. Die Datenbank ist darüber hinaus ein virtuelles Gedenkbuch.

Empirische Grundlagen für das Projekt „Vertreibung und Vernichtung“⁸

Das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“⁹

Nach den Forschungen der Historikerkommission der Republik Österreich zu „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien unter Berufung auf von der IKG zusammengestellte statistische Daten über die jüdische Bevölkerung hatten am 13. März 1938 185.246 Personen jüdischen Glaubens in Österreich ihren Wohnsitz, davon 169.978 in Wien.¹⁰ Nach den Berechnungen von Jonny Moser lebten am Tag des „Anschlusses“ 181.882 Personen jüdischer

8 Die nachfolgenden Ausführungen behandeln die Quellen und Zielsetzungen der empirischen Projekte. Zu den Auswertungen und der Verschneidung der Massendaten siehe den Beitrag von Andreas Kranebitter in diesem Band.

9 Siehe dazu ausführlich: Brigitte Bailer / Gerhard Ungar, Die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2013, Wien 2013, S. 63–73.

10 Georg Graf / Brigitte Bailer-Galanda / Eva Blimlinger / Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 14], S. 105.

Religionszugehörigkeit in Österreich, davon 167.249 in Wien und 14.633 in den anderen Bundesländern. Zuzüglich der geschätzten Zahl von Juden und Jüdinnen im Sinne der Nürnberger Gesetze geht das DÖW von 206.000 Juden und Jüdinnen aus, die zur Zeit des „Anschlusses“ in Österreich gelebt haben.¹¹ Die meisten von ihnen lebten in Wien, wo sie ca. 11 Prozent der Bevölkerung ausmachten.¹² Die Folgen der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten spiegeln sich in der Volkszählung vom 17. Mai 1939 und den Zahlen der Registrierung der Juden und Jüdinnen im Sinne der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1939 wider: Zu diesem Zeitpunkt lebten nur mehr 96.042 Personen in Österreich, davon 92.982 in Wien.¹³ Ende 1939 befanden sich schließlich offiziell nur mehr 69.808 Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen Österreich – davon lediglich 400, die außerhalb Wiens lebten (über 80 % von ihnen mussten im darauffolgenden Jahr ihren Wohnsitz nach Wien verlegen). 10.648 waren nichtjüdischen Glaubens, aber durch die „Nürnberger Gesetze“ als „Juden“ oder „Jüdinnen“ definiert worden.¹⁴

In 46 Großtransporten und mehreren kleineren Transporten wurden bis Oktober 1942 49.053 Jüdinnen und Juden von Wien aus ins Generalgouvernement, in die von Deutschland annektierten Teile Polens, in die von der Deutschen Wehrmacht besetzten Gebiete der Sowjetunion sowie in das Ghetto Theresienstadt deportiert.¹⁵ 95 Prozent der Deportierten, also mindestens 66.500 von den Nationalsozialisten als Juden und Jüdinnen definierte Menschen wurden ermordet bzw. kamen im Zuge der Verfolgung um.¹⁶ An sie erinnerte in Österreich über viele Jahrzehnte nur wenig im öffentlichen Raum.¹⁷ Simon Wiesenthal, der das Mahnmal für die österreichischen Opfer der Shoah auf dem Judenplatz initiierte, wollte einen Gedenkstein errichten, auf welchem alle Namen der Toten eingraviert sein sollten. Dabei stellte sich heraus, dass auch

11 Jonny Moser, *Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945*, Wien 1999 [= Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 5], S. 16 f.

12 Winfried R. Garscha, *Deportation nach Polen. Die Verschickung von Wiener Juden und Jüdinnen ins Generalgouvernement*, in: *ÖGL* 3 (2017), S. 232–247, hier 232.

13 <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/vertreibung-und-vernichtung> [20. 9. 2017].

14 Moser, *Demographie*, S. 31, 39 f., zit. bei Garscha, *Deportation*, S. 240.

15 Garscha, *Deportation*, S. 241.

16 <http://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitschwerpunkte/holocaust> [20. 9. 2017].

17 Claudia Kuretsidis-Haider / Heinz Arnberger, *Gedächtniskulturen und Erinnerungslandschaften*, in: Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung*, Wien 2011, S. 34.

mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem „Anschluss“ 1938 das Schicksal der deportierten Jüdinnen und Juden vielfach unbekannt war. Noch Anfang der 1990er Jahre kannte man weder alle Namen noch die genaue Anzahl der österreichischen Opfer des Holocaust.¹⁸

Im Rahmen des von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem im Gefolge der Waldheim-Debatte initiierten und vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebenen Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ erfasste das DÖW zwischen 1992 und 2001 die biographischen Daten und Todesumstände von jüdischen Österreicherinnen und Österreichern, die zwischen 1938 und 1945 in Österreich durch Mord oder Selbstmord¹⁹ ums Leben gekommen, aus Österreich deportiert oder als Flüchtlinge in anderen europäischen Staaten von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen eingeholt worden waren.²⁰ Insgesamt wurden unter der Projektleitung von Gerhard Ungar über eine halbe Million Datensätze zu mehr als 100.000 Personen angelegt. Über die statistische Erfassung hinaus war es – so der Mitverfasser einer Vorstudie zum Projekt Florian Freund – das Ziel, „zehntausende Einzelschicksale von konkreten Männern, Frauen und Kindern“ nachvollziehbar zu machen und individuelle Erinnerung zu ermöglichen. Wolfgang Neugebauer, damals wissenschaftlicher Leiter des DÖW, sah das Projekt als „einen notwendigen Akt des Gedenkens, der die Opfer vor dem Versinken in der Anonymität und vor dem Vergessen bewahrt“.²¹

Die seit 2001 auch im Internet abrufbare Datenbank der österreichischen Todesopfer der Shoah stellt für die Nachkommen der Opfer ebenso wie für ForscherInnen und Interessierte aus aller Welt eine ganz wesentliche Informations-

18 Helmut Prochart, „Papier schlägt Stein“. Projekt der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: Gedenkdienst 2/1998, <https://www.gedenkdienst.at/index.php?id=136> [25. 11. 2017].

19 Als Folge der nationalsozialistischen Ausgrenzungs-, Vertreibungs- und Terrormaßnahmen verübten zahlreiche jüdische BürgerInnen, denen angesichts der sich zunehmend verschärfenden Situation ihre Lage aussichtslos erschien, Selbstmord. Höhepunkte der Selbstmordwellen lassen sich in den Monaten unmittelbar nach dem „Anschluss“, nach dem Novemberpogrom und angesichts der beginnenden Deportationen in die Vernichtungslager feststellen. Siehe: Gerhard Botz, Wien vom „Anschluss“ zum Krieg: Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/1939, Wien–München 1978, S. 98 ff.

20 Einen ersten Überblick über die Deportationen bietet die Vorstudie Florian Freund / Hans Safrian, Vertreibung und Ermordung: zum Schicksal der österreichischen Juden 1938–1945. Das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993.

21 Prochart, „Papier schlägt Stein“.

quelle dar.²² Sie wird laufend nach Hinweisen von Nachkommen und aufgrund neuer Recherchen ergänzt und aktualisiert. Bis zum Jahresbeginn 2017 konnte das DÖW die Namen und zumindest rudimentäre Verfolgungsdaten von 63.998 jüdischen Frauen, Männern und Kindern eruieren.²³ In der Datenbank aufgelistet sind Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und der letzte Wohnort des Opfers, der Zielort und das Datum der Deportation und – soweit bekannt – das Todesdatum sowie der Todesort. Interne Findhilfsmittel beinhalten zudem weiterführende soziostrukturelle Informationen zu den einzelnen Personen. Seit Jänner 2015 sind die Transportlisten aus Wien mit den Daten von rund 46.000 österreichischen Holocaustopfern verknüpft und in die Datenbank integriert.²⁴

Quellengrundlage für das Projekt waren u. a.:²⁵

- die Deportationslisten der „Judentransporte“ ab Wien (ca. 48.000 Einträge): Es handelt sich dabei um die Mikrofilmkopie der beim ITS (*International Tracing Service*) Arolsen archivierten Originallisten, die Mikrofilmkopie von in den *Central Archives for the History of the Jewish People* in Jerusalem archivierten Originallisten sowie Deportationslisten aus dem Bestand der Finanzlandesdirektion Wien
- die Deportationskartei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (ca. 50.000 Karteikarten)
- Akten der Hilfsfonds im Österreichischen Staatsarchiv – Archiv der Republik
- Akten des KZ-Verbandes
- Akten und Materialien aus den KZ-Gedenkstätten Dachau, Mauthausen, Flossenbürg, Buchenwald, Bergen-Belsen, Neuengamme, Ravensbrück, Majdanek, Auschwitz
- Deportationslisten aus Belgien, den Niederlanden, Italien, Frankreich, Deutschland und der Slowakei
- Unterlagen des Matrikenamts u. a. aus dem Archiv der IKG Wien
- Akten der Opferfürsorge Wien (ca. 120.000 Akten) und anderer Bundesländer

22 Die Opferliste ist auch in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem (siehe auch www.yadvashem.org) sowie am Ort der Information beim Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin abfragbar. Bailer / Ungar, Namentliche Erfassung, S. 64.

23 Garscha, Deportation, S. 242.

24 <http://www.doew.at/erinnern/personendatenbanken/shoah-opfer> [20. 9. 2017].

25 Siehe dazu Bailer / Ungar, Namentliche Erfassung, S. 65–70.

- Todeserklärungen des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien
- die Erkennungsdienstliche Kartei der Gestapo-Leitstelle Wien
- Datenbestände der Theresienstädter Initiative zu den von Wien nach Theresienstadt deportierten österreichischen Juden und Jüdinnen
- Rückkehrerlisten der IKG Wien
- Sterbebücher der IKG Wien
- in den Sterbebüchern von Auschwitz verzeichnete österreichische Opfer
- Mitgliederlisten diverser ehemaliger Kultusgemeinden
- Akten und Materialien der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, des Österreichischen Staatsarchivs, der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, des United States Holocaust Memorial Museum, des Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie, des Instituts Theresienstädter Initiative
- Dokumente u. a. aus dem Bereich der Gestapo, der Justiz, der Finanzverwaltung, der Lagerverwaltungen, der Friedhofsangelegenheiten, dem Wohlfahrtsbereich

Das Projekt „Vertreibung – Exil – Emigration. Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner“²⁶

Bis 1942 mussten über 130.000 Menschen das annektierte Österreich wegen politischer und / oder rassistischer Verfolgung verlassen – 100.000 alleine zwischen 11. März 1938 und Mai 1939 – die große Mehrheit von ihnen Jüdinnen und Juden.²⁷ Das waren rund zwei Drittel der österreichischen jüdischen Bevölkerung. „Ein großer Teil jener, die keine Möglichkeit zur Weiterreise nach Übersee oder zumindest nach Großbritannien gefunden hatten, fand sich nach Kriegsbeginn und dem anfänglichen Siegeszug der deutschen Wehrmacht plötzlich wieder im Machtbereich des Deutschen Reiches oder seiner Verbündeten. Teilweise noch vor der einheimischen jüdischen Bevölkerung sahen sich die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Österreich und dem so genannten ‚Altreich‘ den Verfolgungshandlungen durch die nationalsozialistischen Besatzer ausgeliefert.“²⁸

26 <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/vertreibung-exil-emigration-i> [28. 10. 2013].

27 <http://ausstellung.de.doew.at/m25sm90.html> [20. 9. 2017].

28 Siehe dazu Bailer / Ungar, Namentliche Erfassung, S. 67.

2006 erhielt das DÖW einen mehr als 8.000 Akten umfassenden Bestand der Kanzlei von Rechtsanwalt Hugo Ebner und Partnern von dessen Nachfolgekanzlei Breitenecker – Kolbitsch – Vana zur Aufbewahrung, Archivierung und wissenschaftlichen Bearbeitung.²⁹ Die Kanzlei, in der Hugo Ebner mehr als 40 Jahre mit mehreren Partnern zusammenarbeitete, hatte sich unter anderem auf die rechtsfreundliche Vertretung von NS-Verfolgten spezialisiert, und zwar in erster Linie von aus Österreich vertriebenen Jüdinnen und Juden.

Bei diesem Aktenbestand handelt es sich vor allem um Anträge der KlientInnen der Kanzlei Ebner um Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliden- und Berufsunfähigkeitspensionen sowie Hilflosenzuschüsse bzw. heute Pflegegeldzuwendungen und deren Behandlung durch die diversen Sozialversicherungsträger. Anhand der aus den Dokumenten hervorgehenden Lebensdaten konnte damit die Demographie und Sozialstruktur von über 20.000 österreichischen Jüdinnen und Juden nachgezeichnet werden. Die Akten beinhalten Geburts- und Heiratsurkunden der MandantInnen sowie teilweise von deren Eltern, Nachweise von Ausbildungs- und Berufszeiten, eidesstattliche Erklärungen, Lebensläufe, Meldenachweise und andere personenbezogene Dokumente.

2009 bis 2014 führte das Dokumentationsarchiv zunächst unter der Projektleitung von Herwig Czech und ab 2011 von Brigitte Bailer das Projekt „Vertreibung – Exil – Emigration (I). Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Ebner“ durch. SachbearbeiterInnen waren Claudia Kuretsidis-Haider, die das Projekt koordinierte, sowie Ursula Schwarz, Manfred Mugrauer, Karin Bischof und Johannes Laimighofer. Die Finanzierung erfolgte durch den Nationalfonds der Republik Österreich, den Zukunftsfonds der Republik Österreich und das Referat Wissenschafts- und Forschungsförderung der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7).

Ziel des Projekts war es, durch eine umfassende quantitative und qualitative Auswertung des Teilnachlasses von Hugo Ebner und Partnern zu verallgemeinerbaren Aussagen zu den mehr als 130.000 Menschen zu gelangen, die wegen ihrer jüdischen Herkunft und zum Teil auch aus politischen Gründen aus Österreich vertrieben wurden bzw. flüchten mussten. Die Akten beinhalten detaillierte Informationen zu Ausbildung und Berufen vor 1938, aber auch zu den beruflichen Tätigkeiten im Exil sowie nach 1945. Bei Anträgen auf

²⁹ Siehe dazu ausführlich: Claudia Kuretsidis-Haider, Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, S. 193–219.

Hinterbliebenen- oder Waisenpensionen sind auch Angaben zu Familienangehörigen vorhanden. Weiters enthalten die Akten oftmals persönlich gehaltene Briefe, da Hugo Ebner und seine Kanzleipartner über ein umfangreiches Netzwerk unter den NS-Vertriebenen verfügten. Die Briefe geben wertvolle Aufschlüsse über die Lebenswirklichkeit der in vielen Ländern verstreut lebenden NS-Vertriebenen (vor allem in den USA, Großbritannien, zahlreichen lateinamerikanischen Ländern, Frankreich, Ungarn, Schweden und Australien). Schließlich geht aus den Akten der Kanzlei Ebner, da es sich zum überwiegenden Teil um pensionsrechtliche Verfahren handelt, auch das Nachkriegsschicksal der Betroffenen teilweise bis in die Gegenwart hervor.

Der Quellenwert des Aktenbestandes erschließt sich somit auf mehreren Ebenen. Es können damit Aussagen getroffen werden zu:

- den Lebensumständen der Vertriebenen vor ihrer Flucht 1938 (Verwandtschaftsverhältnisse, Ausbildung, Berufe)
- den Lebensumständen der Vertriebenen im Exilland
- der Praxis der Auszahlung von Pensionen durch die österreichischen Pensionsversicherungsanstalten

Die Erfassung der Akten erfolgte in einer mehrdimensional strukturierten Datenbank:

Auf einer Ebene wurden Informationen zu jenen Personen eingegeben, in deren Auftrag die Kanzlei Ebner bei den Sozialversicherungsträgern (vor allem Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, ArbeiterInnen bzw. der Gewerblichen Wirtschaft) in erster Linie Pensionsansprüche geltend gemacht hat. Es handelt sich dabei vor allem um Personendaten, Aufenthaltsorte vor der erzwungenen Emigration und im Exilland, Beschäftigungen, Verwandtschaftsverhältnisse.

Die zweite Ebene bildet die Tätigkeit der Kanzlei Ebner ab. Hier wird dargestellt, in welcher Weise den MandantInnen zu einer Pension verholfen werden konnte: beginnend mit dem Antrag an die Pensionsversicherungsanstalt, über allfällige Begünstigungsverfahren (ob und inwieweit welcher Zeitraum der Emigration als Pensionszeit angerechnet wurde), freiwillige Weiterversicherungsbeiträge bis hin zum positiv oder negativ ausgestellten Pensionsbescheid und zu allfälligen Klagen dagegen (etwa aufgrund der Falschberechnung der Pensionshöhe oder weil das Pensionsantrittsdatum nicht richtig angesetzt wurde), sowie, da es sich in der Mehrheit um ältere MandantInnen handelte, Anträge für den Hilflosenzuschuss bzw. das Pflegegeld.

Die Akten der Kanzlei Ebner stellen somit eine einzigartige Grundlage für die Einbettung in eine Gesamtanalyse zu Fragen des sozialen Beziehungsgefüges der aufgrund der Nürnberger Gesetze als Jüdinnen und Juden verfolgten ÖsterreicherInnen vor, während und nach der nationalsozialistischen Verfolgung dar.

Die Kanzlei Ebner vertrat aber nicht nur österreichische NS-Vertriebene, sondern die beiden Kanzlei­gründer Hugo Ebner und Rainer Kunodi sowie deren Mitarbeiter und späterer Partner Karl Zerner waren ebenfalls Opfer der nationalsozialistischen Vertreibungsmaßnahmen gewesen.

Hugo Ebner wurde am 8. Oktober 1913 in der galizischen Stadt Stanislaw (heute Iwano-Frankiwsk, Ukraine) geboren.³⁰ Im 1. Weltkrieg flüchtete die Familie nach Wien, wo Hugo Ebner 1931 im Bundesgymnasium Wien 18, Schopenhauerstraße 49 maturierte. Bereits als Schüler begann er sich im Verband Sozialistischer Mittelschüler politisch zu engagieren, und zwar zunächst für kurze Zeit im 2., danach jahrelang im 18. Wiener Gemeindebezirk. Dabei entstanden lebenslange Freundschaften, etwa mit der Ökonomin Marika (Maria) Szécsi³¹, mit dem Schriftsteller Jura Soyfer³², den er 1928 kennen lernte, oder mit dem Arzt und Biochemiker Mitja Rapoport³³.

Nach der Matura inskribierte Hugo Ebner an der Juridischen Fakultät der Universität Wien und wurde im Sozialistischen Studentenverband aktiv. Vom (Nicht-)Agieren der Sozialistischen Partei während des Bürgerkrieges im Februar 1934 enttäuscht trat er – wie viele andere VSM-GenossInnen – der Kommunistischen Partei bei, war aber in den folgenden Jahren nicht in der mittlerweile in der Illegalität wirkenden österreichischen KP tätig, sondern erhielt den Auftrag, für die Wiener Auslandsstelle der Kommunistischen Partei Jugoslawiens illegales Material zu transportieren. Die in Wien gedruckten Flugblätter brachte er gemeinsam mit einem ehemaligen Schulkollegen und Freund in dessen Auto nach Jugoslawien. Am 14. Jänner 1936 wurde Hugo Ebner in Wiener Neustadt verhaftet und es wurde ihm Devisenschmuggel sowie Transport illegaler Flugschriften in serbischer und kroatischer Sprache zur Last gelegt; er verbrachte 10 Wochen in Haft. Am 17. November 1937 kam auch sein Freund Jura Soyfer wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung (Verbreitung staatsfeindlicher Druckwerke) in Haft.

30 Zur Biografie von Hugo Ebner siehe ausführlich: Kuretsidis-Haider, Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 23–76.

31 Zu Ebners Freundschaft mit Maria Szécsi siehe: Manfred Mugrauer, MandantInnen aus dem politischen und persönlichen Umfeld, in: Ebenda, S. 127–160, hier 132 ff.

32 Zu Jura Soyfer siehe: Horst Jarka, Jura Soyfer: Leben, Werk, Zeit, Wien 1987.

33 Zu Ebners Freundschaft mit Mitja Rapoport siehe: Mugrauer, MandantInnen, S. 138 f.

Nach dem Berchtesgadener Abkommen amnestierte die Regierung von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 16. Februar 1938 politische Straftäter und entließ u. a. 3.000 Nationalsozialisten aus den Haftanstalten. Aber auch Jura Soyfer erlangte dadurch die Freiheit, und das Strafverfahren gegen ihn wurde eingestellt. Ebner und Soyfer war klar, dass ihnen als deklarierte Kommunisten und Juden im Falle der Machtergreifung der Nationalsozialisten die Verhaftung drohen würde. Sie beschlossen daher, auf illegalem Weg Österreich zu verlassen. Am 8. März 1938 wurde Hugo Ebner noch zum Doktor der Rechte promoviert. Vier Tage später versuchten die beiden von Vorarlberg aus über die Berge in die Schweiz zu gelangen. Der Fluchtversuch scheiterte und die beiden wurden, ebenso wie Max (Macky) Hoffenberg, der zehn Tage später die gleiche Fluchtroute wählte, verhaftet.³⁴ Nach mehrwöchiger Haft im Gerichtsgefängnis Bludenz, im Gefängnis des LG Feldkirch sowie im Polizeigegefängnis Innsbruck erfolgte die Überstellung der drei Freunde im Juni 1938 in das Konzentrationslager Dachau und von dort im September 1938 in das KZ Buchenwald. In Buchenwald mussten sie im Leichenträger-Kommando arbeiten. Bei dieser Tätigkeit infizierte sich Jura Soyfer mit Typhus. Hinzu kam eine Lungenentzündung, woran er in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1939 in der Typhusbaracke des Konzentrationslagers starb. Hugo Ebner wurde am 6. Mai 1939 aus dem KZ entlassen. Auch sein Freund Max Hoffenberg kam in Freiheit.

Ebners Freundin Rosl Kraus war inzwischen mithilfe von – durch eine Scheinehe erworbenen – französischen Papieren nach Paris geflohen. Als sie erfuhr, dass Hugo Ebner entlassen worden war, forcierte sie ihre Flucht nach Großbritannien.

Im Sommer 1939 flüchteten Hugo Ebner und Macky Hoffenberg von Wien aus nach London. Ebners Mutter Sylvia Diamant, verwitwete Ebner, geb. Kohn, die zuletzt in der Sammelwohnung Wien 2, Hollandstraße 18/11 gelebt hatte, wurde am 17. Juli 1942 mit dem 32. Transport vom Wiener Aspangbahnhof zusammen mit ca. 1.000 LeidensgenossInnen nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Mit ihr deportiert wurde ihre Schwester Helene Kohn, auch sie hat nicht überlebt. Eine Woche später, am 24. Juli 1942, wurde ihre Mutter Adele Kohn nach Theresienstadt deportiert, wo sie am 25. Dezember 1942 verstarb.³⁵

34 Eine Darstellung seines Fluchtversuches gab Hugo Ebner dem Historiker Hans Schafranek in einem Interview 1984. Dieses ist abgedruckt in: Kuretsidis-Haider, Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 223–250.

35 Alle Angaben www.doew.at (Datenbank der Shoah-Opfer).

Ebner und Hoffenberg wurden nach ihrer Ankunft in Großbritannien zunächst im Kitchener Camp interniert. Dann mussten sie sich vor einem Überprüfungstribunal in Plymouth verantworten und wurden in einem Lager für *Enemy Aliens* in der Nähe von Liverpool in Verwahrung genommen. Später kamen sie auf die Isle of Man. Im Juli 1940 erfolgte die Überstellung nach Kanada, wo sie im Lager „N“ in Newington-Sherbrooke nahe Quebec interniert waren. Ein Jahr später konnten die Freunde wieder nach Großbritannien zurückkehren.

Hugo Ebner und Rosl Kraus wurden von ihren ParteigenossInnen nach Manchester geschickt, wo er als Metalldreher in der Rüstungsindustrie arbeitete. Rosl Kraus fand eine Stelle als Helferin in einem Krankenhaus. Darüber hinaus baute sie gemeinsam mit anderen ExilantInnen in Manchester das Austrian Centre auf. 1945 zogen sie mit ihrem ersten, 1943 geborenen Sohn nach London.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft setzten sich die österreichischen Exilorganisationen – allen voran das FAM (*Free Austrian Movement*) und das Austrian Centre – stark für die Rückkehr österreichischer Vertriebener ein. Hugo Ebner und Rosl Kraus kamen im Sommer 1946 nach Wien. Er schlug die Rechtsanwaltslaufbahn ein und gründete Ende der 1940er Jahre mit seinem ehemaligen Schulkollegen, dem Anwalt Kurt Kunodi, der als sogenannter „Mischling 1. Grades“ untergetaucht in Wien als U-Boot überlebt hatte, eine Rechtsanwaltskanzlei. Ebner spezialisierte sich auf ASVG-, Opferfürsorge-, Hilfsfonds- und Sammelstellen A und B-Sachen.³⁶

Mitte der 1950er Jahre stieß Karl Zerner (geb. 25. 1. 1926 in Wien) zur Kanzleigemeinschaft Ebner – Kunodi. Zerner war im Dezember 1938 mit einem Kindertransport nach Großbritannien geflohen, meldete sich 1943 als Soldat zur britischen Armee und kam 1946 mit seiner Einheit nach Wien, wo er abrüstete und ein Jusstudium begann.³⁷

36 Siehe zu dieser Thematik: Walter J. Pfeil, Die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus im österreichischem Sozialrecht. Entschädigung im Sozialrecht nach 1945 in Österreich 1, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 29/1], sowie Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien–München 2003 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 3].

37 Zur Biographie von Karl Zerner siehe ausführlich: Kuretsidis-Haider, Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 82–96.

Ab den 1960er Jahren befand sich die Kanzlei Ebner – Kunodi – Zerner im 2. Bezirk in der Leopoldsgasse 51. Ebner und Zerner bearbeiteten vor allem Pensionsachen für österreichische NS-Vertriebene und konnten den meisten ihrer KlientInnen zu einer österreichischen Alters-, Hinterbliebenen- oder Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension verhelfen.

Die Verfolgung und Vertreibung durch das NS-Regime zog für die österreichischen Jüdinnen und Juden vielfältige sozialversicherungsrechtliche Nachteile nach sich. Der Verlust des Arbeitsplatzes, Berufsverbote, verfolgungsbedingte Arbeitslosigkeit, Haft und Vertreibung bedingten für die meisten eine empfindliche Kürzung erworbener Pensions- oder Rentenansprüche. Diese Nachteile betrafen auch die anderen Opfer des NS-Regimes. Das österreichische Sozialversicherungsrecht berücksichtigte alle diese Schäden nur sehr zögerlich und in kleinen Schritten.³⁸

Rudolf Müller, langjähriger Partner von Hugo Ebner und Karl Zerner und später am Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof tätig, stellte im von ihm mitverfassten Kommentar zum österreichischen Sozialversicherungsrecht fest:

„Die Wiedergutmachung im SV-Recht, die schon in der ersten [Sozialversicherungsgesetzgebung] nach dem Krieg eingeführt worden ist, zählte zu den wenigen wirklich substantiellen Leistungen der Republik an verfolgte Menschen: sie ermöglichte ihnen nämlich entweder ohne oder nur gegen relativ geringe Eigenleistungen Pensionszahlungen in zwar unterschiedlicher, aber z.T. nicht unbeträchtlicher Höhe zu erlangen.“³⁹

Hugo Ebner ging in den 1980er Jahren in Pension, saß aber bis zu seinem Lebensende an seinem Schreibtisch im Büro seiner Kanzlei, die 1988 in das Gebäude der ehemaligen Produktenbörse in der Taborstraße 10 verlegt wurde. Bis zuletzt versuchte er, KlientInnen eine Pension zu verschaffen, indem er noch nicht abgeschlossene Fälle immer wieder durcharbeitete. Er ist am 4. Dezember 1997 verstorben.

2017 entstand auf der Grundlage der Pensionsakten sowie zahlreicher Interviews mit Partnern und MitarbeiterInnen der Kanzlei Ebner die von Claudia Kuretsidis-Haider verfasste Publikation „Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Ak-

38 Brigitte Bailer, Vertriebene Jüdinnen und Juden im österreichischen Sozialversicherungsrecht – ein Überblick, in: Ebenda, S. 161–171.

39 Rudolf Müller, Vor §§ 500–506a, in: Der SV-Komm., hrsg. v. Rudolf Mosler, Rudolf Müller u. Walter J. Pfeil, Wien 2013, S. 1.

ten“. Das Buch spannt einen Bogen von einer ausführlichen biographischen Skizze zu Hugo Ebner über die Tätigkeit der Kanzlei Ebner und ihrer MitarbeiterInnen hin zu sozialversicherungsrechtlichen Fragestellungen. Abschließend werden die Pensionsakten im Bestand des DÖW ausgewertet und analysiert⁴⁰ sowie ihr Quellenwert erläutert. Ergänzt wird die Publikation mit einem Beitrag von Brigitte Bailer, die einen Überblick über das österreichische Sozialversicherungsrecht im Hinblick auf die vertriebenen Juden und Jüdinnen gibt. Manfred Mugrauer befasst sich mit MandantInnen aus dem politischen und persönlichen Umfeld von Hugo Ebner. Ebenfalls abgedruckt ist ein Interview des Historikers Hans Schafranek mit Hugo Ebner aus dem Jahr 1984. Darin schildert Ebner seine politische Tätigkeit vor 1938, seinen Fluchtversuch gemeinsam mit dem Schriftsteller Jura Soyfer in die Schweiz sowie ihre Verhaftung und Internierung in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald.



**Hugo Ebner in seiner Kanzlei in der Leopoldsgasse 51, 1020 Wien,
im Juni 1974**

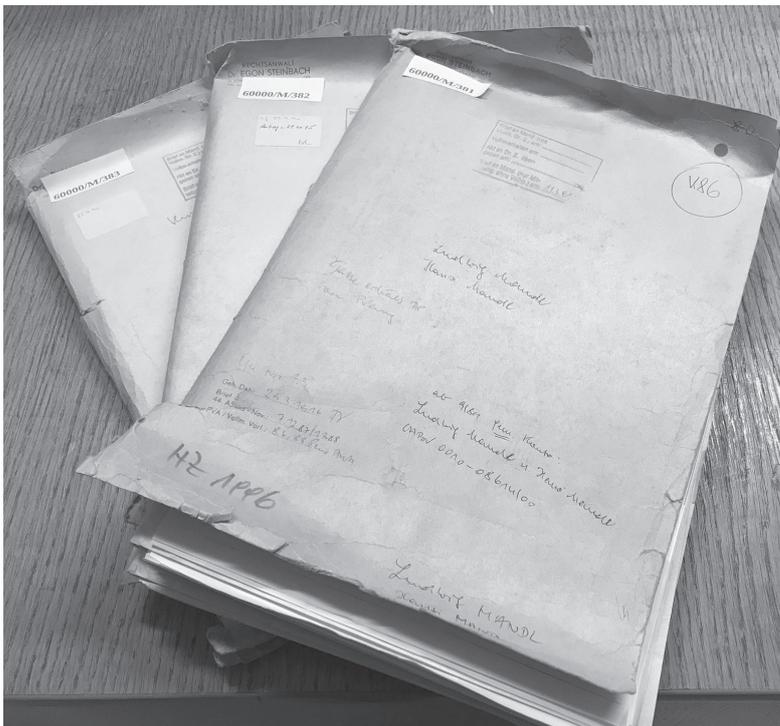
Peter Ebner

40 Auswertungsergebnisse auf der Grundlage der Analyse der Ebner-Akten sowie der in der Datenbank erfassten Massendaten finden sich bei Kuretsidis-Haider, Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 195–219.

Das Projekt „Pensionsakten der österreichischen NS-Vertriebenen als Quelle zur Holocaust- und Exilforschung auf der Grundlage der Akten der Rechtsanwaltskanzleien von Dr. Egon Steinbach und Dr.ⁱⁿ Philippine Fischer“

In Ergänzung zum Projekt über die Pensionsakten der Kanzlei Ebner wurde unter der Leitung von Brigitte Bailer von den SachbearbeiterInnen Claudia Kuretsidis-Haider, Ursula Schwarz und dem ehrenamtlichen Mitarbeiter des DÖW Bertram Hofer das vom Nationalfonds der Republik Österreich und vom Referat Wissenschafts- und Forschungsförderung der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7) finanzierte Forschungsvorhaben durchgeführt, das sich mit den Akten der Rechtsanwaltskanzleien Steinbach und Fischer befasste.

Auch die Rechtsanwälte Egon Steinbach⁴¹ und Philippine Fischer⁴² vertraten jüdische NS-Vertriebene in Pensionsangelegenheiten. Nach der Pensionierung von Steinbach übernahm Karl Zerner die Akten jener KlientInnen aus



**Pensionsakten
der Rechtsanwalts-
kanzlei Egon
Steinbach
DÖW**

41 Zu Steinbach siehe: Kuretsidis-Haider, Rechtsanwaltskanzlei Ebner, S. 112 f.

42 Zu Fischer siehe: Ebenda, S. 113 ff.

dessen Kanzlei, die während der NS-Zeit ins Exil fliehen mussten. Es handelt sich dabei um einen Bestand von ca. 2.500 Akten.

Von weitaus kleinerem Umfang war der Bestand an Pensionsakten aus der Kanzlei der Rechtsanwältin Philippine Fischer. Sie war in den 1920er Jahren die einzige weibliche Studentin ihres Jahrgangs an der juristischen Fakultät und eine der ersten Frauen gewesen, die in Graz promovieren konnte. Sie flüchtete nach dem Bürgerkrieg 1934 in die Sowjetunion. Nach ihrer Rückkehr nach Österreich mit ihren beiden Töchtern und ihrem Mann Otto Fischer, einem Funktionär der Kommunistischen Partei, machte sie im Alter von knapp 50 Jahren die Rechtsanwaltsprüfung und spezialisierte sich auf Pensionssachen. Bei ihrer Pensionierung übergab sie die Akten der Rechtsanwaltskanzlei Ebner.

Die Pensionssachen dieser beiden vergleichsweise kleinen Rechtsanwaltskanzleien wurden in die Analyse der Akten der Kanzlei Ebner mit einbezogen und nach der gleichen methodischen Vorgangsweise bearbeitet.

*Das Projekt „Vertreibung – Exil – Emigration (II).
Die jüdisch-österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel
der ‚Auswandererkartei‘ der IKG Wien“⁴³*

2012 bis 2014 bearbeitete Gerhard Ungar für das DÖW mit finanzieller Unterstützung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI) stichprobenartig die so genannte „Auswandererkartei“ bzw. die dazugehörigen Fragebögen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Dazu stellte das Archiv der IKG dem DÖW Datenbanken der Auswandererkartei zur Verfügung, die zuvor im Archiv der IKG von PraktikantInnen angefertigt worden waren.

Die – damals unter der Kontrolle der Zentralstelle für jüdische Auswanderung stehende – Israelitische Kultusgemeinde Wien gab im Sommer 1938 Fragebögen an jüdische AuswanderungswerberInnen aus und erfasste sie karteimäßig. Die Fragebögen wurden von jenen Jüdinnen und Juden ausgefüllt, die hofften, alleine oder gemeinsam mit ihrer Familie, das Land möglichst rasch verlassen zu können, um den nationalsozialistischen Verfolgungen zu entgehen. Da die IKG die so genannte „Auswanderung“ aus dem jüdischen Vereins- und Stiftungsvermögen unterstützte, mussten bei Bedarf entsprechende Anträge gestellt werden.

43 <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte/vertreibung-exil-emigration-ii> [22. 9. 2017].

Die Auswandererkartei besteht aus drei Teilen:⁴⁴

- Die alphabetische Kartei: In ihr kann nach Namen gesucht werden; weiters enthält sie Angaben zur Wohnadresse, dem Auswanderungsziel, über Verwandte im Ausland.
- Die Laufnummern der Fragebögen sind in einer weiteren Kartei geordnet: mit Informationen zum Namen, der Wohnadresse, dem Auswanderungsziel, über Verwandte im Ausland, dem Geburtsdatum, der Zahl der Angehörigen, dem bisherigen Beruf, über welche weiteren beruflichen Fähigkeiten der oder die AntragstellerIn verfügte, an welchen Umschulungen teilgenommen wurde, welche Spezialkenntnisse und Sprachkenntnisse der oder die AntragstellerIn aufweisen konnte, Angaben zur zum Zeitpunkt der Antragstellung bestehenden wirtschaftlichen Lage und dem monatlichen Verdienst des oder der AntragstellerIn, bzw. über welchen Besitz und andere Eigenmittel er resp. sie verfügte.

J. K. G.	FRAGEBOGEN Nr. 29913 / 0	2 Angehörige
Zuname:	[REDACTED]	
Vorname:	[REDACTED]	Stand: verb.
Wohnung:	Wien, D. Gilmarg. 42/14	
Auswanderungsziel:	Amerika	
Verwandte in Übersee:	ja	
Reisekosten zahlt:	
Ausgewandert am: nach	

Fragebogen der Auswandererkartei, die die – unter Kontrolle der Zentralstelle für jüdische Auswanderung stehende – IKG Wien im August 1938 erstellte

IKG-Archiv

44 Alexander Mejstrik / Therese Garstenauer / Peter Melichar / Alexander Prenninger / Christa Putz / Sigrid Wadauer, Berufsschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938–1940, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 16], S. 576.

- Die berufsspezifische Kartei enthält Informationen zum bisherigen Beruf, ob und welcher Beruf neu erlernt wurde, über welche Sprachkenntnisse der oder die AntragstellerIn verfügte. Hier wurden manchmal mehrere Familienangehörige verzeichnet.

Den AuswanderungswerberInnen wurden u. a. folgende Fragen gestellt:

- Sind Sie in der Lage, sich alle für die Auswanderung notwendigen Dokumente zu beschaffen?
- Wohin wollen Sie auswandern?
- Welche Pläne haben Sie für Ihren neuen Aufenthalt?
- Welche Mittel stehen Ihnen für die Auswanderung zur Verfügung?
- Welche Beziehungen haben Sie im Ausland, besonders in dem Land, wohin Sie auswandern wollen?
- Haben Sie einen gültigen Reisepass? Wenn ja, wann wurde er ausgestellt und bis wann ist er gültig?
- Welche und wie viele Angehörige haben Sie? Angabe von Verwandtschaftsgrad, Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Beruf. Welche der Angehörigen sollen jetzt und welche später auswandern?

Es gelang jedoch nicht allen, die einen Bogen ausfüllten, tatsächlich die Flucht. Im August 1938 beinhaltete die Auswandererkartei Angaben zu ca. 136.000 Personen. Insgesamt enthält der heute erhaltene Bestand 97.027 Personeneinträge, davon sind ca. 5.000 bis 6.000 Dubletten.

Die Auswandererkartei stellte in Kombination mit den Unterlagen und Ergebnissen des Projektes zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer eine wesentliche Grundlage für die Erforschung der Schicksale eines großen Teils der Wiener jüdischen Bevölkerung dar. Um diese Kartei mit den Namen der Ermordeten vergleichen zu können, war es notwendig, die Namen der in der numerisch geführten Auswandererkartei erfassten Personen heranzuziehen. Eine besondere Problematik stellte die Auswertungsqualität der Namen in der zur Verfügung gestellten Datenbank dar. In vielen Fällen wurden Namen falsch geschrieben, weshalb eine Identifizierung der Personen äußerst schwierig war. Dies ließ sich in vielen Fällen – teilweise mit großem Aufwand – anhand anderer Parameter wie zum Beispiel Wohnadresse oder Geburtsort korrigieren. Darüber hinaus konnten die Wiener Wohnadressen so weit wie möglich – oftmals unter Heranziehung von Originaldokumenten – verifiziert werden.

Das Projekt „Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust“

Auf der Grundlage der vorgestellten Erfassungsprojekte entschloss sich das DÖW vor einigen Jahren, eine Verknüpfung der vorhandenen Massendaten zu versuchen.

Ziel des 2014 begonnenen und im Sommer 2017 abgeschlossenen Projektes war die Analyse der soziostrukturellen Unterschiede sowie deren Kontextualisierung in die Geschichte des österreichischen Judentums, seiner Kultur und seiner sozialen Situation vor der Verfolgung mittels Verschneidung der in den empirischen DÖW-Projekten der letzten Jahre erfassten Massendaten. Damit können nun – wie Andreas Kranebitter in seinem Beitrag in diesem Band darlegt – Fragen zur Sozialstruktur der österreichischen Jüdinnen und Juden, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen wurden, beantwortet werden.

Im Fokus der Verschneidung standen Parameter wie:

- die Altersstruktur der Vertriebenen und der Ermordeten: Gab es signifikante Altersunterschiede in der Personengruppe der Vertriebenen gegenüber jenen, denen die Flucht nicht gelang bzw. die das Land nicht verlassen konnten oder wollten?
- die Geschlechterverteilung: Gab es geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Vertreibung bzw. bei der Deportation und der Ermordung?
- die Herkunft der Betroffenen: Geburtsorte, Herkunft der Eltern
- die soziale Herkunft: Familienstruktur, Ausbildung, Berufsstatus, Berufe vor der Verfolgung, Berufsangaben im Zuge der Verfolgung, bei erfolgreicher Flucht: Berufe im Exilland
- die regionale Verteilung der jüdischen Bevölkerung: im Vordergrund standen Fragen zur Agglomeration der jüdischen Bevölkerung vor und nach dem „Anschluss“ im März 1938 sowie die zwangsweise Verlagerung des Aufenthaltsortes
- Familienschicksale bzw. die Verknüpfung des Schicksals der Vertriebenen mit jenem ihrer Eltern und Geschwister
- Fluchtzeitpunkt sowie Exilländer

Durch dieses Projekt wurden somit für die Gruppe jener ÖsterreicherInnen, die aufgrund der Nürnberger Gesetze als Jüdinnen und Juden verfolgt worden waren, Aussagen zur sozialen Zusammensetzung, zur Geschichte der Vernichtung und Vertreibung und zum späteren Schicksal dieser zahlenmäßig

größten Gruppe von NS-Verfolgten, die auch dem größten Vernichtungsdruck ausgesetzt war, somit also eine sozialstrukturelle Analyse und eine kollektiv-biographische Annäherung möglich gemacht.

Die Auswertung der vom DÖW empirisch erhobenen Massendaten erfolgte unter Anwendung von Methoden der quantitativen und qualitativen Sozialforschung. Mit der Erhebung von Informationen, die über operationalisierbare Daten hinausgehen, war aber auch die Ausweitung des Blickwinkels möglich: von rein statistischen Aussagen hin zu einer narrativen Analyse und Würdigung bestimmter Aspekte der Lebensumstände vor 1938, der Umstände von Verfolgung, Vertreibung und Flucht, der Anpassung an das Leben in den Aufnahmeländern sowie dem Schicksal jener, denen die Flucht nicht gelungen war. Sie waren den nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen ausgesetzt, beginnend von der Konzentration in Sammelwohnungen, der Deportation bis hin zur Ermordung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern oder anderen Vernichtungsstätten.

Neben den bereits dargelegten Zielsetzungen des Projekts war jedoch auch wichtig, die Untersuchung der Verfolgung durch das NS-Regime, die Vertreibung aus Österreich sowie die Ermordung von mehr als 66.000 Personen nicht als statistisches Zahlenspiel zuzuspitzen, sondern neben mathematischen Auswertungen auch und immer das persönliche Schicksal der Einzelnen ins Blickfeld zu nehmen. Dies war auch das Leitmotiv für die Konzeption der Konferenz „Vertreibung und Vernichtung“, bei der Vorträge zu den neuesten Forschungen zum Thema gehalten wurden und die in verschriftlichter Form in dieser Publikation Aufnahme gefunden haben.